

Technischer Ausschuss: Mehrheit spricht sich gegen die Ausweisung einer weiteren Fläche von 30 Hektar südlich des Gewerbeparks aus / Endgültige Entscheidung fällt bei der Verbandsversammlung

Gewerbeblächen aus Regionalplan rausnehmen

Hirschberg. Der Gewerbepark soll im Süden nicht nochmals erweitert werden. Auch die nördliche Fläche im Bereich der AVR-Umladeanlage soll als potenzielle Gewerbefläche aus dem Regionalplan herausgenommen werden. Dies ist das Ergebnis der jüngsten Sitzung des Ausschusses für Technik und Umwelt in der Alten Turnhalle. Grüne Liste Hirschberg (GLH), Freie Wähler (FW), CDU, SPD und Bürgermeister Ralf Gänshirt votierten für den Verzicht. FDP-Fraktionssprecher Oliver Reisig lehnte zwar die südliche Fläche ab, die im Norden hätte er gerne drinbehalten, um flexibel zu bleiben.

Applaus der BI-Vertreter

Mit Spannung wird nun auf das Ergebnis der Versammlung des Verbandes Region Rhein-Neckar gewartet. Denn dieses Gremium trifft die endgültige Entscheidung. Hirschberg ist nur als Träger öffentlicher Belange am Verfahren beteiligt. Auf eine spannende Sitzung hatte sich auch die Bürgerinitiative Bürgerbegehren Hirschberg (BB Hirschberg) eingestellt. Vor der Alten Turnhalle in Großsachsen hatten die Vertreter auf Transparenten erneut vor dem Flächenfraß und den negativen Auswirkungen für die Umwelt gewarnt. Als das eindeutige Ergebnis, welches in ihrem Sinne ausfiel, feststand, applaudierten sie.

Hirschbergs Verwaltungschef Gänshirt erinnerte in seiner Einleitung daran, dass dieses Verfahren derzeit an der Bergstraße für großes Interesse Sorge. Er wies zudem auf die CIMA-Studie hin, die die Basis für den Regionalplan darstelle. Ziel und Grundsatz des Planes sei die Unterstützung der angestrebten nachhaltigen Weiterentwicklung der Metropolregion Rhein-Neckar

als bedeutender Wirtschaftsstandort. Für Hirschberg ist laut Gänshirt eine Ausweisung zusätzlicher Wohnbauflächen durch die Änderung des Regionalplans nicht vorgesehen, eine Erweiterung der Gewerbefläche hingegen schon. Konkret handelt es sich um 30 Hektar, die der Gewerbepark nach Süden hin bis zur Heddeshheimer Straße erweitert werden soll.

Zur Erinnerung: Im März sprach sich eine knappe Mehrheit beim Bürgerentscheid für zehn Hektar im Süden aus. Diese reichte vor allem Freien Wählern und CDU aus, weshalb man keinen weiteren Handlungsbedarf sehe.

Für GLH-Fraktionssprecherin Monika Maul-Vogt passe der geplante Flächenverbrauch einfach nicht ins Bild. Sie erinnerte an den Koalitionsvertrag der Landesregierung, der die Netto-Null-Versiegelung als Ziel habe. Sie wies zudem auf die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts mit der Forderung nach mehr Nachhaltigkeit und Verantwortung für die nachfolgenden Generationen hin.

„Dieser Planentwurf berücksichtigt erst recht nicht, dass in der Bevölkerung längst ein massives Umdenken, ein verändertes Bewusstsein gerade in Sachen Flächenverbrauch und der Prioritäten-Bewertung für die Schutzgüter Klima, Wasser, Boden, Biodiversität stattgefunden hat. Das hat der Bürgerentscheid eindrucksvoll bewiesen“, betonte Maul-Vogt und lobte die Reaktion etwa in Hemsbach, wo sich der Gemeinderat einstimmig für den Verzicht von Gewerbeflächen ausgesprochen hatte. Sogar die CDU in Laudenbach plädierte für Verzicht. „Für uns als GLH gilt hier und heute: Hirschberg hat mehr als genug neue Gewerbeflächen ent-



Ihr Kampf hat sich gelohnt: Vor der Sitzung des Ausschusses für Technik und Umwelt in der Alten Turnhalle warb die BI Hirschberg nochmals, dafür, den Flächenfraß zu stoppen. Am Ende der Sitzung sprach sich der ATU mit großer Mehrheit dafür aus, auf die zusätzlichen 30 Hektar Gewerbeflächen im Regionalplan zu verzichten.

BILD: THOMAS RITTELMANN

wickelt. Ein Gewerbegebiet bis zur Heddeshheimer Straße, mit all seinen schädlichen Auswirkungen, lehnen wir entschieden ab, der Schutz unserer natürlichen Lebensgrundlagen muss Priorität haben. Anders sind auch die neuen Vorgaben von Bund, Land und auch des BVerfG nicht zu erreichen.“

„Zehn Hektar reichen uns aus“

FW-Gemeinderat Bernd Kopp unterstützte ebenfalls in vollem Umfang den Beschlussvorschlag der Verwaltung, auf weitere Gewerbeflächen im Regionalplan zu verzichten. Kopp erneuerte die Position der Freien Wähler zum Thema Gewerbeflächen: „Vor wenigen Wochen haben sich die Freien Wähler für eine Erweiterung des Gewerbeparks Süd um zehn Hektar eingesetzt. Dazu stehen wir“, ergänzte Kopp und bestätigte nochmals, dass die Freien Wähler zu keiner Zeit „ein sogenanntes XXL-Gewerbegebiet wollten, und auch keiner immer wieder von den Gegnern der Erweiterung lancierten Erschließung über die Heddeshheimer Straße zugestimmt hätten“.

Kritik übte der FW-Gemeinderat an den im Vorfeld formulierten Stellungnahmen von GLH, SPD und BI, die Zweifel an der FW-Position aufkommen ließ. „Dies verstehen wir

nicht und weisen sie entschieden zurück“, sagte Kopp und mahnte dazu, die Beratungen künftig wieder vermehrt in den zuständigen Gremien zu führen.

CDU steht zu Versprechen

CDU-Fraktionssprecher Christian Würz sprach grundsätzlich von einem Dilemma. Auf der einen Seite stehe die Weiterentwicklung des Gewerbes und die Möglichkeit, Geld einzunehmen. „Der Regionalplan bietet hier einen Spielraum, den wir nutzen können oder nicht. Auf der anderen Seite hatten wir einen Bürgerentscheid, bei dem wir den Bürgern versprochen haben, dass zehn Hektar das Maß der Dinge ist. An dieses Versprechen halten wir uns. Wir sind verlässlich“, betonte Würz, der sich dagegen verwahrte, permanent als „Gegner des Klimaschutzes“ tituliert zu werden. Vielmehr entscheide man im Sinne der Bürger. Sein Ausblick auf die Verbandsversammlung stimmte ein wenig nachdenklich: „Wir sollten nicht zu blauäugig sein, dass dies so übernommen wird. Wir wissen es nicht“, meinte Würz und stimmte der Verwaltungsvorlage in allen Punkten zu.

Für den SPD-Fraktionssprecher Dr. Thomas Scholz verlange der Klimawandel vor Ort einen engagier-

ten Klimaschutz. „Vor diesem Hintergrund ist der aktuelle Regionalplan, man kann es nicht anders sagen, ein Anachronismus! Die Zeichen der Zeit werden nicht erkannt. Man hat den Eindruck, jede nur erdenklich mögliche oder auch nur halbwegs geeignete Fläche wird zur Überbauung freigegeben. Und das in einem Gebiet, das bereits jetzt zu den mit am dichtesten besiedelten der Bundesrepublik gehört. Es ist ja

nicht gerade so, dass wir hier ein Übermaß an Arbeitslosigkeit hätten und dringend neue Fabriken bräuchten, um das zu bekämpfen“, betonte er und lehnte ebenfalls eine weitere Ausweisung von Gewerbeflächen im Regionalplan ab.

FDP: Flexibilität nicht nehmen

FDP-Fraktionssprecher Oliver Reisig gab eine differenzierte Stellungnahme ab, stimmte am Ende als einziger aber nicht zu. Sich durch die Herausnahme im Regionalplan jegliche Flexibilität zu nehmen, sei für ihn taktisch unklug: „Wir als FDP wären aufgeschlossen gegenüber einem Gemeinderatsbeschluss, der ausdrückt, dass in den nächsten zehn Jahren keinerlei neue Erweiterung des bestehenden Gewerbegebietes geschehen soll“, meinte Reisig.

Eine weitere Erweiterung in Richtung Süden stehe für die Liberalen derzeit nicht zur Diskussion. Zugleich stellte die FDP den weitergehenden Antrag, zumindest die Fläche an der AVR-Anlage zwischen Autobahn und Bahnstrecke wieder mit aufzunehmen. So würde man wenigstens ein Mindestmaß an Potenzial für künftige Generationen erhalten.

Kein Beschluss zu Heddeshheim

Der FDP-Antrag scheiterte. Genauso wie später die zwei GLH-Anträge. Die GLH hatte beantragt, dass Hirschberg eine Stellungnahme dazu abgibt, dass die Verbandsversammlung auch die Erweiterungsfläche für Heddeshheim, in jedem Fall jedoch die Qualifizierung des Gebiets als Voranggebiet für Logistik aus dem Regionalplan herausnimmt. Freie Wähler, CDU, FDP und Bürgermeister lehnten diese GLH-Anträge ab. **hr**



Es bleibt bei den zehn Hektar Erweiterung im Süden des Gewerbeparks. Jetzt entscheidet die Verbandsversammlung darüber.

ARCHIVBILD: MARCO SCHILLING

Technischer Ausschuss: Gremium beauftragt die Verwaltung damit, einen Förderantrag beim Bund zu stellen / KliBA unterstützt die Kommune

Ein Klimaschutzmanager wird gesucht

Hirschberg. Der Klimawandel gilt als eine der größten Herausforderungen dieser Zeit. Ein engagierter Klimaschutz ist unerlässlich. Nach der Novelle des Klimaschutzgesetzes werden die Kommunen daher noch mehr in die Pflicht genommen. Dieser Verantwortung wird sich die Gemeinde stellen. Der Ausschuss für Technik und Umwelt stimmte deshalb dafür, dass die Kommune Fördermittel für die Schaffung einer Personalstelle „Klimaschutzmanager“ beantragt. Unterstützt wird sie dabei von der KliBA. Deren Geschäftsführer Dr. Klaus Keßler kam jetzt in die jüngste Sitzung nach Großsachsen, um das weitere Vorgehen zu besprechen.

Laut Bürgermeister Ralf Gänshirt und KliBA-Geschäftsführer Dr. Klaus Keßler war beabsichtigt, gemeinsam ein Klimaschutzkonzept zu erarbeiten. Zwischenzeitlich hat die Bundesregierung jedoch ihre Förderstrategie angepasst. Diese beinhaltet die Förderung einer Personalstelle, die mit externer Unterstützung sowohl ein Klimaschutz-

konzept erstellt als auch den Umsetzungsprozess auf den Weg bringt. „Gerade die privaten Haushalte und das Gewerbe sind für den meisten Kohlendioxid ausstoß verantwortlich. Sie zu animieren mitzumachen, ist für mich sehr wichtig“, warb Keßler für einen festen Ansprechpartner, besser gesagt einen „Kümmerer in Sachen Klimaschutz im Rathaus“.

Förderung bis zu 75 Prozent

Die Förderung bezieht sich auf die Schaffung einer Stelle, die in den ersten beiden Jahren bis zu 75 Prozent gefördert wird. Schwerpunkt in den ersten zwei Jahren ist laut Keßler die Erstellung des Klimaschutzkonzeptes. In den zwei bis drei Jahren danach folgt die Umsetzung der Maßnahmen, die Einbindung der Bürger sowie das Controlling. Hier beträgt die Förderquote 50 Prozent der Personalkosten. Die geschätzten verbleibenden Kosten zur Erstellung eines Klimaschutzkonzeptes innerhalb der ersten zwei Jahre belaufen sich für die Gemeinde auf



Weinheim hat mit Ute Timmermann bereits eine Klimaschutzmanagerin. Jetzt sucht auch Hirschberg einen Klimaschutzmanager und beantragt die entsprechenden Fördermittel.

ARCHIVBILD: PHILIPP REIMER

rund 43 000 Euro brutto. FDP-Fraktionssprecher Oliver Reisig stand dem Ganzen skeptisch gegenüber. „Warum vergeben wir das nicht an ein externes Büro? Stattdessen setzen wir mit dieser Stelle auf ein

Pferd“, kritisierte er. Rathauschef Gänshirt verteidigte die Vorgehensweise. „Wir hätten sonst einen Bruch, wenn einer das Konzept erarbeitet und später nicht mehr mitarbeitet. Es ist besser, jemanden zu haben, der von Anfang an dabei ist.“ Auch Keßler warb für eine solche Stelle, denn oftmals würden solche Konzepte in der Schublade landen. „Wir brauchen aber jemanden, der sich um die Umsetzung kümmert.“

Auch CDU-Gemeinderat Thomas Götz hatte gedacht, dass dieses Konzept mit eigenem Rathauspersonal erledigt werde. Doch zum einen sei das Bauamt überlastet und könne dies nicht leisten, zum anderen biete sich jetzt die Chance, eine Förderung zu erhalten. „Endlich mal etwas Gescheites“, meinte er und stimmte zu.

GLH-Fraktionssprecherin Monika Maul-Vogt hielt es für sehr gut, dass die Kommune nun beim Klimaschutz durchstarte. Das sei schließlich eine Pflichtaufgabe für die Kommune, so die Sprecherin. Auch SPD-Fraktionssprecher Dr.

Thomas Scholz lobte die Vorgehensweise. Er sah die Gemeinde ohnehin in der Pflicht bei dieser Aufgabe. „Es bewegt sich etwas! Das integrierte Klimaschutzkonzept und die Personalstelle Klimaschutzmanager sind wichtige und richtige Schritte in die richtige Richtung. Es ist zu hoffen, dass das Thema nun auch den notwendigen Schwung aufnimmt.“

Bauamt nicht aufbürden

Auch FW-Fraktionssprecher Werner Volk wollte dieses „komplexe und zeitaufwendige Thema“ nicht dem Bauamt aufbürden. „Derzeit suchen aber vier bis fünf Kommunen einen Klimaschutzbeauftragten. Die wachsen ja nicht von den Bäumen. Bekommen wir da überhaupt jemanden?“, wollte er vom KliBA-Geschäftsführer Keßler wissen. Der zeigte sich zuversichtlich: „Seit drei bis vier Jahren gibt es solche Studiengänge für Erneuerbare Energien und Klimaschutz in den Kommunen. Ich bin guter Dinge, junge Leute zu finden.“ **hr**

KURZ NOTIERT

Kirchenproben beginnen

Großsachsen. Der evangelische Kirchenchor beginnt mit den Chorproben am Dienstag, 15. Juni, 20 Uhr in der Kirche. Die Gesangbücher sollten mitgebracht werden. Die Corona-Hygiene-Regeln gelten auch hier weiterhin.

OWK-Senioren wandern

Großsachsen. Die Senioren des Odenwaldklubs (OWK) „eröffnen“ das Wanderjahr 2021 am 16. Juni mit einer kleinen Wanderung zum Obsthof Bitzel. Treffpunkt ist am Marktplatz um 14. Uhr. Es kann aber auch gefahren werden. Bei schönem Wetter ist in der Außenanlage Platz reserviert (ohne Test). Im Innenraum sollte man geimpft sein und den Impfpass dabei haben. Es wird bestimmt ein fröhliches Beisammensein nach diesen vielen Monaten der Abstinenz. Anmeldungen sind bis spätestens Montag, 14. Juni, bei Hildegard Chierici, Telefon 06201/55344, möglich.

Pfarrbüro geschlossen

Leutershausen. Das katholische Pfarrbüro ist wegen des Urlaubs von Pfarramtssekretärin Vera Scheuring vom 14. bis 23. Juni geschlossen.